

Protokollauszug öffentliche/nichtöffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster / Walheim vom 15.02.2006

**Zu Ö 13 Fehlbestand an Einzelhandelsangeboten im Stadtteil Kornelimünsterhier: Fraktionsübergreifender Antrag vom 29.01.2006
ungeändert beschlossen
A 61/0279/WP15**

Frau Stiel erläutert die Vorlage und informiert über die Bemühungen der Verwaltung zu den beiden potenziellen bekannten Standorten an der unteren Schleckheimer Straße und der ehemaligen Holzhandlung Körner. Beide Grundstücke befinden sich derzeit in der Vermarktung.

Die CDU-BF bedankt sich für die geführten Gespräche und bittet die Verwaltung, sich in dieser Angelegenheit weiterhin so zu engagieren. Für einen Investor wäre es sehr attraktiv, wenn eine umfassende Infrastruktur vorhanden wäre. Das Einkaufsverhalten richtet sich danach, welche Möglichkeiten am Ort vorhanden sind. Hier besteht zu befürchten, dass durch die zeitlich schleppenden Verhandlungen die Möglichkeiten verloren gehen, den Bürgern eine Nahversorgung anzubieten.

Unter Hinweis, dass das Thema in Kornelimünster seit Jahren intensiv diskutiert wird, bedankt sich auch die SPD-BF für die schnelle Vorlage. Die derzeitige seit Jahren unveränderte Situation ist für den Ort sehr unbefriedigend, wodurch sich das Verkaufsverhalten natürlich an andere Orte verlagert hat.

Herr Gosten bedankt sich ebenfalls für die geleistete Arbeit und unterstützt den fraktionsübergreifenden Antrag in vollem Umfang. Er ist der Überzeugung, in Zukunft werde der Trend wieder zu kleineren Ladengeschäften führen.

Frau Stiel verdeutlicht, dass nicht nur Kornelimünster, sondern der gesamte Südraum untersucht worden ist. Ein Investor wird sich gut überlegen, ob er in Kornelimünster die Kaufkraft rekrutieren kann.

Ergänzend fügt Herr Wingefeld hinzu, dass in den damaligen Gesprächen auf den Eigentümer der vorhandenen Immobilie eingeredet wurde, seine Bereitschaft zu wecken. Grundsätzlich sind nun zwei Möglichkeiten zur Verwirklichung von Einzelhandel vorhanden, die geprüft werden müssen. Dazu müssen aber tragbare Konzepte entwickelt werden. Wenn sich nicht zeitnah eine Lösung abzeichnet, dann wird die Verwaltung an die Bezirksregierung herantreten müssen, um die derzeit auf maximal 700 qm festgesetzte Verkaufsfläche zu erhöhen.

Nachdem die CDU-BF der Auffassung ist, die Angelegenheit ist bei der Planungsverwaltung in guten Händen, ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung nimmt den Bericht der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

Sie empfiehlt der Verwaltung mit der Bezirksregierung Gespräche aufzunehmen, um auch über die bisher angedachten Regelungen hinaus Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Einzelhandelsansiedlung für die Nahversorgung kurzfristig ermöglichen können.